



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Ein mittelstaatlicher Minister in der Zeit der
Reichsgründung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein mittelstaatlicher Minister in der Zeit der Reichsgründung

Von Otto Kaemmel



ie deutschen Mittelstaaten gehören zu den eigentümlichsten politischen Bildungen der deutschen Geschichte. Obwohl sie in ihren Ursprüngen bis tief in die Zeiten des alten Reichs zurückreichen, so wurden sie zu einer besondern Gruppe doch erst seit der Entstehung der beiden Großmächte und vollendeten ihre Entwicklung erst mit dem großen Rechtsbruche von 1803, der ihnen zahlreiche mediatisirte Gebiete einverleibte, und mit dem Zusammenbruche des alten Reichs 1806, der ihnen als ein Geschenk der Fremdherrschaft, nicht als ein Ergebnis eigener Anstrengung die formelle Souveränität eintrug. Sie sind nicht rein dynastische Gebilde wie die Kleinstaaten, sondern teilweise die wiederhergestellten alten Stammesstaaten, deren Zerstörung eine der größten und folgereichsten Thaten des alten Kaisertums war, obwohl sie nirgends deren alten Umfang erreichten. Dies gilt vor allem von Bayern, dem einzigen deutschen Staate, der nicht nur den alten Stammesnamen noch führt, sondern auch den Kern des Stammes noch enthält, von Württemberg, dem schwäbischen, von Hessen, dem fränkisch-hessischen, von Hannover, dem niedersächsischen Kernlande. Sachsen, die alte Mark Meißen, ist Kolonialland, umfaßt aber eine ziemlich geschlossene, im wesentlichen thüringische Bevölkerung. Gerade darauf beruht die innere Stärke dieser Staaten. Zu schwach, in einer Zeit vorherrschender politischer wie wirtschaftlicher Großstaatbildung ganz auf eignen Füßen zu stehen, also Staaten im vollen modernen Sinne des Wortes sein zu können, aber stark genug, die innerpolitischen Aufgaben der neuen Zeit bis zu einem gewissen Grade selbständig zu lösen, also zu stark, ohne weiteres in einem

Grenzboten IV 1898

großen Ganzen aufzugehen, waren sie eine Zeit lang die stärksten Hindernisse einer straffern nationalen Einheit. Endlich gelang der Ausgleich in der Weise, daß Preußen seine Fähigkeit zur Führung der Nation durch die That bewies, die Mittelstaaten teils auf die selbständige äußere Politik und andre aus der formellen Souveränität fließende Hoheitsrechte verzichteten, um dafür die Teilnahme an einer sehr wirksamen Gesamtsouveränität einzutauschen, teils wie Hannover und Kurhessen ganz verschwanden, wobei es immerhin sehr bemerkenswert ist, daß auch das aufsteigende Kaisertum der Hohenzollern ebenso wie das mittelalterliche seine nationale Aufgabe nur dadurch lösen konnte, daß es einige der neuhergestellten Stammesstaaten zerstörte.

Auch die innere Entwicklung der Mittelstaaten ist durch die Art ihrer Entstehung bestimmt worden. Während die norddeutschen Mittelstaaten Hannover und Kurhessen 1803/1815 verhältnismäßig nur wenig umfängliche Erwerbungen auf dem Boden des Stammgebietes machten, Sachsen sogar die größere Hälfte seines alten Gebietes verlor, wurden die süddeutschen Mittelstaaten jetzt erst wirklich gebildet durch die Verbindung eines bald größeren, bald kleinern ältern historischen Kerns mit neuen, zum Teil ganz fremdartigen, bunten Länderstücken, die weder unter sich noch mit dem neuen Herrscherhause einen innern Zusammenhang hatten. So besteht das moderne Bayern zur einen Hälfte aus alten geistlichen, reichsstädtischen, fürstlichen, reichsritterlichen, nicht bayrischen, sondern fränkischen und schwäbischen, obendrein zum großen Teil protestantischen Territorien mit einer reifern ältern, überwiegend städtischen Kultur, zur andern aus dem katholischen Altbayern, einem Lande der Kirche, des Adels und der Bauern. Ganz ähnlich wurde Württemberg gebildet, nur daß seine Neuerwerbungen fast alle auf schwäbischem Boden lagen; bei Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau überwogen sogar die neuen Landesteile den alten Kern bei weitem. Als Ganzes waren alle diese Staaten nicht nur gewissermaßen geschichtslos und ohne einheitliche starke Tradition, sondern auch ohne die Sicherheit und den Stolz, durch die sich eine Großmacht ihre Unterthanen verbindet. Es ist bare unhistorische Willkür, wenn das bayrische Nationalmuseum in München in seinen Wandgemälden die große Vergangenheit von Nürnberg, Augsburg, Ulm u. dergl. zur bayrischen Geschichte zieht; die großen Überlieferungen dieser Städte haben mit Altbayern und dem Hause Wittelsbach nicht das Geringste zu thun.

Diese bunte, zum Teil geradezu willkürliche Zusammensetzung hat nun schon seit 1806 auch die innere Politik der Staaten bestimmt. Sie veranlaßte zunächst die gewaltsame, ja revolutionäre Einheitspolitik, mit der in Bayern Montgelas, in Württemberg König Friedrich I. die alten und die neuen Landesteile im Sinne einer modernen Staatsordnung zu verschmelzen strebte, sodann nach 1815 die Verleihung konstitutioneller Verfassungen als eines weitem Einheitsbandes, endlich die volle rechtliche Parität der Konfessionen, denn von

der alten konfessionellen Politik konnte in diesen kirchlich so stark gemischten Staaten fortan nicht mehr die Rede sein. Nicht minder groß war der Einfluß der Neugestaltungen auf den politischen Geist der Bevölkerungen. In den Landtagen fand der tiefgewurzelte Sondergeist eine neue Stütze, die herrschende Staatsauffassung aber wurde, soweit sie nicht einfach ultramontan war, mehr oder minder demokratisch, beherrscht von den Lehren des französisch-naturrechtlichen Liberalismus, die von den Ideen der Volkssouveränität, des Parlamentarismus und der möglichst wenig, auch durch Staatspflichten nicht, beschränkten persönlichen Freiheit ausgingen. Eine monarchische Gesinnung bestand nur in Altbayern, aber auch dort fehlte es an einem militärisch-politischen Adel von der Art des preussischen, und der übrige süddeutsche Adel, größtenteils aus mediatisierten, ehemals reichsunmittelbaren Geschlechtern hervorgegangen, hatte zu den neuen Staatenbildungen zunächst gar keine innern Beziehungen. Das alles brachte die süddeutschen Staaten in einen ausgesprochenen Gegensatz zum Norden, besonders zu dem in seinen Kernlanden durchaus monarchisch-aristokratischen und militärischen Preußen, einen Gegensatz weniger der Auffassung vom Staate als zwischen kraftvoller Staatsgesinnung und dem Mangel an wirklicher Staatsgesinnung.

Am schärfsten sind diese Eigentümlichkeiten in Baden hervorgetreten. Denn von allen Mittelstaaten ist das Großherzogtum der jüngste und in mancher Beziehung der künstlichste, eine Verbindung alemannischer und fränkisch-pfälzischer Gebiete, die vom mittlern Main bis an den Bodensee reicht und an zwei ganz unbedeutende altzähringische Territorien (Baden-Baden und Baden-Durlach), die ihrerseits erst 1771 vereinigt worden waren, willkürlich angeschlossen worden ist, ein Ganzes, dessen einzelne Teile eine völlig verschiedene Geschichte hatten, auch konfessionell scharfe Unterschiede aufwiesen und einen Ersatz für das mangelnde historische Gemeingefühl nicht einmal in einer größeren Geschichte des dynastischen Stammlandes finden konnten, denn dieses hatte niemals etwas bedeutet. Dazu nun die gegen Frankreich und die Schweiz völlig offene, allen fremden Einflüssen ausgesetzte Grenze! So wurde Baden ganz natürlich die Heimat des französisirenden, naturrechtlichen Liberalismus und damit auch das Musterland des deutschen Konstitutionalismus. Es ist bezeichnend für das innerste Wesen dieses Staates, daß auch seine Hauptstadt Karlsruhe, die junge künstliche Gründung des Herrscherhauses (1715), nicht eine der ältern Städte des Landes ist.

Etwa derselben Zeit und ebenfalls einem fürstlichen Willen verdankt Mannheim seine Entstehung. Denn die alte Gründung Kurfürst Friedrichs IV. von der Pfalz 1606 erlag fast ganz den Stürmen des dreißigjährigen Krieges und, als sie erneuert worden war, der französischen Verwüstung von 1689; das neue Mannheim erstand erst 1721, als Karl Philipp seinen Sitz von Heidelberg hierher verlegte, und zwar als eine Stadt von fast amerikanischer

Anlage, nüchtern und schmucklos in die einförmige Rheinebene hineingesetzt, das genaue Gegenbild des malerischen, vom Schimmer der Romantik und allen Reizen der Natur umflossenen Heidelberg. Dazu hatte der Erneuerer der Stadt nach dem dreißigjährigen Kriege, Kurfürst Karl Ludwig, ihr ein fast kosmopolitisches Gepräge aufgedrückt, indem er zahlreiche Niederländer und französische Hugenotten hier ansiedelte und die Friedenskirche für alle drei christlichen Konfessionen erbaute. Auch eine zahlreiche Judenschaft ließ sich hier nieder. Unter Karl Theodor erlebte Mannheim vorübergehend auch eine Zeit litterarischen und künstlerischen Glanzes.

Diese Stadt mit ihrem Mangel an jeder ältern historischen Grundlage, ihrer freien Lebensluft, ihrer nüchtern verstandesmäßigen Denkweise war die Heimat des Staatsmannes, der unter allen mittelstaatlichen Ministern weitaus das Bedeutendste für die Erneuerung des Reiches geleistet hat, Julius Jolly.*)

Die Familie Jolly de Fleury gehörte zu der dichten Schar gebildeter französischer Protestanten, die der klerikale Fanatismus Ludwigs XIV. durch die Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 aus dem Lande trieb und vor allem den deutschen Ländern als wertvolle Kräfte zuführte. Der Stammvater Jean Jolly lebte um 1711 in Hanau; dessen gleichnamiger Enkel wurde Pfarrer der französischen Gemeinde in Mannheim, wo er 1785 starb. Sein Sohn Louis (geb. 1780) diente als pfalz-bayrischer Offizier 1795 bis 1809, nahm aber dann seinen Abschied und gründete mit seinem Schwager Kefler ein Geschäft, das er in dem auch durch die Kriegsstürme und Gebietsveränderungen der Napoleonischen Zeit hart mitgenommenen, 1781 bis 1811 von 24000 auf 18000 Einwohner herabgekommenen Mannheim nur langsam zur Blüte brachte. Aus seiner Ehe mit Eleonore Alt, einer katholischen Bambergerin, wurden ihm acht Kinder geboren, als jüngster Sohn am 21. Februar 1823 Julius August Isaak Jolly. Ein inniges Verhältnis verband alle Familienmitglieder unter einander, das Haus Jolly war damals das angesehenste Mannheims, der Mittelpunkt einer reichen Geselligkeit, der Vater als Mitglied der Unions-synode, Präsident der Handelskammer (1831), endlich Bürgermeister (1836) der angesehenste Mann der Stadt, die seit dem von ihm eifrig geförderten Eintritt Badens in den Zollverein (1834) rasch aufblühte. In dieser energisch

*) Staatsminister Jolly. Ein Lebensbild von Hermann Baumgarten und Ludwig Jolly. Tübingen, Laupp, 1897. VIII und 294 S. Von Baumgarten, dem Schwager und Freunde Jollys, rührt nur der Anfang des Buches her, S. 1—71, bis zum Jahre 1866, der Hauptteil von seinem Neffen Ludwig Jolly, Professor in Tübingen. Sehr ungern vermißt man ein Porträt. Ergänzungen aus eigener Erinnerung bietet die Besprechung des Buches von Adolf Hausrath, Baden im alten Bund und neuen Reich, Deutsche Rundschau 1898, VI—IX, sowie die Schrift von G. Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden. Heidelberg, Köster, 1896.

tätigen, verstandesklaren demokratischen Welt wuchs Julius Solly heran, ein frühreifer Knabe, der bald große Hoffnungen erweckte. Auf dem Gymnasium 1832 bis 1840 fesselten ihn besonders der treffliche Philolog August Nüßlin, eine Gestalt von Goethischer Vornehmheit (1807 bis 1850 Rektor), der Solly zum begeisterten Verehrer des Griechentums machte, und der Physiker Wilhelm Eisenlohr, ein Freund seines um vierzehn Jahre ältern Bruders Philipp (in Heidelberg). Es entsprach ganz der klaren Verstandesschärfe und der frühen Selbstständigkeit des Urteils Sollys, wenn ihn der Vater, als er im Herbst 1840 die Universität Heidelberg bezog, zum Studium der Rechte bestimmte. In Berlin, wohin er im Herbst 1842 übersiedelte, ging ihm zuerst der Gedanke auf, die akademische Laufbahn einzuschlagen, denn er lebte und webte in seiner Wissenschaft. Nachdem er noch durch eine Reise über Leipzig und Dresden nach Prag und eine zweite nach Rügen mehr von Norddeutschland gesehen hatte, als die meisten seiner süddeutschen Landsleute für nötig halten, kehrte er im Herbst 1843 nach Heidelberg zurück und bestand Ende Mai 1845 seine Staatsprüfung mit Auszeichnung, worauf er zunächst bei dem Bezirksamte seiner Vaterstadt als Rechtspraktikant eintrat. Doch stand ihm jetzt der Entschluß, sich der akademischen Laufbahn zu widmen, vollständig fest. Um Anknüpfungen zu suchen, ging er deshalb 1846 auf einige Zeit erst nach Leipzig (zu Albrecht), dann nach Bonn, aber er fand nicht das Erhoffte und habilitierte sich deshalb im Juli 1847 in Heidelberg für deutsches und zwar überwiegend für modernes Recht.

Der Kreis, in dem er dort verkehrte, sein Bruder Philipp, G. Gervinus, L. Häusser, sein etwas jüngerer Schulfreund F. von Roggenbach, der pensionierte preussische Geheimrat Fallenstein gehörten dem gemäßigten nationalen Liberalismus an, aber eine ganz ausgeprägte Ansicht von der Zukunft Deutschlands hatte nur Fallenstein, ein alter Lüzkower, der des gewissen Glaubens lebte, daß die Tage Preußens kommen würden. Solly selbst hatte die politische Schwärmerei vieler seiner Landsleute niemals geteilt; er hatte sich schon als Gymnasiast nicht für die polnischen Freiheitskämpfer begeistern können und als Student den gepriesenen Freiheitsjäger Georg Herwegh kurzweg für einen Don Quixote erklärt. Erst in Leipzig gewann er ein lebhafteres politisches Interesse an den Zeitereignissen, das sich besonders in dem Kampfe gegen die Zensur äußerte; in Heidelberg schrieb er für die „Deutsche Zeitung.“ Von Österreich wollte er, belehrt von seinem Bruder Philipp, im Gegensatz zu seinen Landsleuten nichts wissen, und von Preußen gewann er durch Fallenstein eine ganz andre Anschauung als diese. So standen die Freunde dem bald 1848/49 in Baden zur Herrschaft gelangenden Radikalismus mit Abneigung gegenüber und wurden, als im Mai 1849 die offene Empörung losbrach und die Republik ausgerufen wurde, in Heidelberg vom souveränen Volke derart bedroht, daß sie, Fallenstein zuerst, nach dem lieblichen Auerbach an der Bergstraße über-

siedelten, wo sich später auch der junge Viktor Scheffel einfand. In dieser trotz alledem fröhlichen Verbannungszeit lernte Tolly von Fallenstein, daß „ohne große militärische Traditionen und machtvolle historische Erinnerungen ein nationales Staatswesen undenkbar“ ist. Er lernte in diesem Hause aber auch die Tochter Elisabeth lieben und erhielt am 3. März 1851 ihre Hand.

Gerade die ersten Jahre seiner sehr glücklichen Ehe (seit 18. Dezember 1852) wurden dem jungen Paare durch mannigfache Sorgen verdüstert. Am 8. Dezember 1853 starb Tollys Vater, wenige Wochen nachher am 31. Dezember der Schwiegervater Fallenstein, und eine Professur wollte sich in dieser Zeit der Reaktion trotz unendlichen Fleißes und vieler Bemühungen für den charakterfesten Liberalen, der zudem ein überzeugter Anhänger Preußens war, nirgends finden; selbst den leeren Titel eines außerordentlichen Professors erhielt er erst 1857. Er hatte unter denselben Hemmnissen zu leiden, die so vielen tüchtigen Männern in dieser schlechten Zeit das Aufstreben gehemmt oder ganz verkümmert haben.

Da kam eine überraschende Wendung nach einer ganz andern Richtung durch den Kampf um das Konkordat, das das österreichisch gesinnte Ministerium Stengel-Meysenbug am 28. Juni 1859 mit Rom abgeschlossen hatte. Als die zweite Kammer im März 1860 das Konkordat verwarf, entließ der junge Großherzog Friedrich das Ministerium und berief an seiner Stelle am 2. April den populärsten Staatsmann des Landes, August Lamey. In die Debatte über die neuen kirchlichen Gesetze griff auch Tolly ein, indem er in einer Flugschrift den Gedanken durchführte, daß die Kirche als irdische Anstalt dem Staate unterthan sein müsse. Die Schrift erweckte das allgemeine Interesse, auch des Großherzogs, in solchem Maße, daß Tolly den vertraulichen Auftrag erhielt, auf eine Schrift des Erzbistums Freiburg die abwehrende Antwort zu verfassen; aber die Hoffnung, daß ihm dies eine Professur verschaffen werde, erfüllte sich nicht. Dafür erwirkte Franz von Roggenbach nach langen Bemühungen im April 1861 Tollys Berufung zum Regierungsrat ins Ministerium des Innern und übernahm selbst am 1. Mai das Ministerium des Auswärtigen. Als nun auch Hermann Baumgarten zu derselben Zeit als Professor der Geschichte an das Polytechnikum in Karlsruhe berufen wurde, bildete sich ein enger Freundeskreis, der auf die Politik Badens den größten Einfluß üben sollte.

Mit Lamey, dem Minister des Innern und dem Vorsitzenden des Ministeriums, stimmten Roggenbach und Tolly keineswegs überein, weder im Charakter noch in der politischen Anschauung. Lamey, sagt Baumgarten, „war ein typischer Vertreter des süddeutschen, speziell des badischen Naturells, höchst talentvoll, von glänzender Leichtigkeit der Arbeit wie der Rede, von einziger Leutseligkeit und Gemütlichkeit, nie scharf oder verletzend, aber auch selten präzise und genau. . . . Tolly dagegen stand dem badischen Wesen eigentlich fremd

gegenüber; in ihm war der strenge hugenottische Zug eigentümlich ausgeprägt: gewissenhaft, pünktlich, konsequent in der Verfolgung der durch scharfes wissenschaftliches Denken festgestellten Ziele, strebte er überall den Dingen auf den Grund zu gehen, von kleinlichen oder auch wohl von erheblichen Rücksichten unbeirrt." Roggenbach, in katholischen Traditionen aufgewachsen, war vor allem ein grand seigneur, sehr liebenswürdig, formgewandt, gedankenreich, aber ohne genügende Fachkenntnisse und der Bindung durch amtliche Pflichten im Grunde abgeneigt, daher auch gewöhnt, einen guten Teil der Zeit auf Reisen zuzubringen und mit auswärtigen Staatsmännern rege Beziehungen zu unterhalten. In liberalen Kreisen genoß er überall großes Ansehen; es gab damals auch in Norddeutschland Leute, die ihn gern an der Spitze des preußischen Ministeriums gesehen hätten, als der „Konflikt“ ausgebrochen war. In politischer Beziehung stand für Roggenbach und Solly das Bestreben, zur Errichtung eines deutschen Bundesstaats unter preußischer Führung durch liberale Mittel anzuregen und das möglichste dazu beizutragen, allen andern voran; Lamey, als Liberaler in der süddeutschen Abneigung gegen Preußen befangen, hielt davon gar nichts, und er wich auch in der augenblicklich sehr wichtigen Kirchenpolitik insofern von Solly ab, als dieser alle Übertretungen der vom Staate gegebenen Vorschriften durch gerichtliche Klage geahndet wissen wollte, während Lamey die Unterordnung der Kirche unter den Staat im Verwaltungswege zu erreichen und ohne offenen Konflikt durchzukommen hoffte. Unzweifelhaft stand hinter Lamey die große Mehrheit des Landes und des wesentlich liberal denkenden Beamtentums; die nationalgesinnten Liberalen waren eine kleine Minderheit. Erst als sich Baden mit dem Antrage an den Bundestag, die kurhessische Verfassung von 1831 wiederherzustellen (4. Juli 1861), an die Spitze der liberalen Bewegung in Deutschland gestellt hatte, da siegte die Richtung der Regierung bei den Neuwahlen im Oktober 1861, und Solly erlebte die Genugthuung, daß ihn die Universität Heidelberg als ihren Vertreter in die Erste Kammer sandte. Die Berufung Karl Mathys in den badischen Staatsdienst im Herbst 1862 verstärkte Roggenbachs und Sollys Stellung noch; aber der preußische Konflikt, der mit Bismarcks Berufung seinen Höhepunkt erreichte, schien alle nationalen Hoffnungen der badischen Liberalen zu vereiteln. Auch Solly urteilte über den neuen Minister nicht anders als die Liberalen überhaupt; er nannte ihn gelegentlich einen „abenteuernden Junker.“

Trotzdem schwankten er und seine Freunde, als Österreich im August 1863 den Fürstentag nach Frankfurt berief, inmitten der lodernden großdeutschen Begeisterung ringsum, keinen Augenblick in der entschlossenen Ablehnung dieses „Taschenspielerkunststücks,“ und Solly, der seinen Großherzog nach Frankfurt begleitete, verfaßte die Erklärungen, die dieser gegen die österreichischen Anträge abgab. So half er verhüten, daß die deutsche Entwicklung in ganz verkehrte Bahnen gelenkt wurde, und war einer der besten Bundesgenossen Bismarcks,

ohne es zu ahnen. „Es war der erste große Augenblick in Tollhs politischem Leben.“

Bald darnach geriet Baden in eine überaus schwierige Stellung, als Roggenbach gegen Mathys entschiedne Meinung den Großherzog bewog, sich in der schleswig-holsteinischen Sache des Erbprinzen von Augustenburg auf das wärmste anzunehmen und ihn sogar am Bundestage zu vertreten. Denn damit kam Baden in den schärfsten Gegensatz zu beiden Großmächten, namentlich zu Preußen, ohne doch irgendwie die Mittel zu haben, der rasch und sicher vorschreitenden preußischen Politik ernste Hemmnisse zu bereiten, geschweige sie zu vereiteln. So unhaltbar wurde dadurch, wie durch innere Schwierigkeiten, Roggenbachs Stellung, daß dieser Ende September 1865 seinen Abschied nahm. In dem Augenblicke also, als die deutsche Frage zur Entscheidung drängte, gab der Verfechter der preußischen Hegemonie in Baden das Heft aus der Hand, weil seine liberale Anschauung ihm eine Unterstützung der preußischen Politik verbot. Ein Staatsmann hätte anders gehandelt.

Die Folge war natürlich ein Sieg der klerikalen Großdeutschen und der Partikularisten. Das augenblicklich wichtigste Ministerium, das des Auswärtigen, übernahm der bisherige badische Gesandte in Wien, Herr von Edelsheim, und dieser drängte den Staat immer mehr auf die Seite Österreichs hinüber. Tollh sah das mit tiefer Besorgnis und unterstützte am 14. Mai 1866 in der Ersten Kammer den Antrag Bluntschlis, daß Baden in einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Österreich neutral bleiben möge, da es die preußische Politik nicht unterstützen könne, und ein Bund mit Österreich für Baden der „Selbstvernichtung“ gleichkomme. Über Bismarck bekannte er ganz anders zu denken als früher. „Mir scheint, daß er ein Mann von ganz eminenter Begabung, von einer ebenso seltenen als schätzenswerten Willenskraft ist. Ich halte ihn für einen großen Patrioten, der mit unbedingtester Hingebung für die Größe seines Staats arbeitet, und für mich wenigstens ist die Macht Preußens von der Größe Deutschlands nicht getrennt zu denken.“ Nur fehle ihm der Sinn für die moralischen Kräfte im Volke. Trotzdem sei es vollendete Thorheit, das von Preußen geforderte Parlament zurückzuweisen. Am 7. Juni, als die Regierung einen außerordentlichen Militärfredit verlangte, vertrat er selbst noch einmal denselben Standpunkt in der Kammer, indem er seine Hoffnung auf Preußen offen aussprach, und es für „eine Sünde am deutschen Volke“ erklärte, es für das untaugliche Bundesrecht oder auch für das Erbrecht der Augustenburger in den Krieg zu führen. Unmittelbar nach dieser Sitzung erbat er seine Entlassung, und auch Mathy schied aus dem Ministerium. Die ultramontane Partei war Herrin Badens, alle bösen Leidenschaften wurden aufgeregt, und das Land trieb steuerlos in den „scheußlichen Krieg.“ So wenig vermochte dieser künstliche, jeder festen Tradition entbehrende, von den schärfsten Gegensätzen zerrissene Staat eine folgerichtige Politik festzuhalten!

Zum Glück für Baden und Deutschland überhob der unerwartet glänzende Sieg Preußens die deutschen Mittelstaaten für die Zukunft der Notwendigkeit, große Politik zu treiben, wozu ihnen alle Voraussetzungen fehlten, und gab den nationalen Bestrebungen zugleich eine feste Grundlage und ein festes Ziel. Mit fieberhafter Spannung hatten die Karlsruher Freunde, ein kleines Häufchen inmitten einer feindseligen Umgebung, den Gang des gewaltigen Kampfes verfolgt, mit jubelnder Freude begrüßten sie sein Ergebnis. Auch im Lande und in der Regierung war der Umschwung vollständig. Am 27. Juli entließ der Großherzog das Ministerium Edelsheim, ernannte Mathy zum Präsidenten des Staatsministeriums und Finanzminister, Solly zum Präsidenten des Ministeriums des Innern, Rudolf von Freyhof zum Minister des Auswärtigen. Der nationalgesinnte Liberalismus war ans Ruder gelangt.

Die neuen Aufgaben lagen klar vor. Es galt, den Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund möglichst zu fördern, die Errichtung eines süddeutschen Bundes, die jede Vereinigung des Südens mit dem Norden unmöglich gemacht haben würde, zu vereiteln, im Innern aber eine scharf antiklerikale Politik zu beginnen. Für die Lösung dieser Aufgaben war Solly geeignet wie wenige, denn er stand nach seinem ganzen Wesen und seinem Bildungsgange den Norddeutschen innerlich nahe, und seine scharfe Juristenlogik machte ihn für den Kampf mit einer so konsequenten Macht wie die Kurie besonders geeignet. Andererseits verschloß ihm allerdings der Mangel an wirklich religiösem Verständnis den Blick für manche Dinge, denn er war als reiner Nationalist von dem endlichen Siege der „Vernunft“ überzeugt, obwohl er die Bedeutung der Kirche für das Volk zugab, und seine ganz nüchterne, verstandesmäßige Art war seinen badischen Landsleuten wenig sympathisch. Aber getragen von dem Vertrauen seines Großherzogs und seiner eignen klaren Energie hat er das Größte für Baden geleistet, weil er das Notwendige und Vernünftige wollte. Nachdem der Frieden vom 17. August 1866 und das zugleich geschlossene Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen die äußere Stellung Badens zunächst gesichert hatte, vertrat Solly die neue Richtung der badischen Politik mit vollem Nachdruck im Landtage. Den Plänen Hohenlohes zur Begründung des Südbundes gegenüber, wo die Ultramontanen und Demokraten das Übergewicht gehabt haben würden, und der mit seinen acht Millionen doch für eine wirkliche Selbstständigkeit viel zu schwach gewesen wäre, verhielt er sich durchaus ablehnend; dagegen begrüßte er freudig den Vertrag vom 8. Juli 1867 über die Erneuerung des Zollvereins, da sie die Verbindung mit dem Norden stärkte. Auf den Protest des französischen Gesandten und die Annäherung zwischen Österreich und Frankreich, wie sie aus der Kaiserzusammenkunft in Salzburg im August 1867 deutlich wurde, gab die Thronrede des Großherzogs am 5. September eine sehr deutliche Antwort („Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und gern

werde ich und wird mit mir mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe naturgemäß verbunden sind“). Diesen Eintritt freilich, den Mathy in einer großen Denkschrift vom 18. November begründete, lehnte Graf Bismarck damals aus guten Gründen noch ab, und so blieb den badischen Staatsmännern nur übrig, ihn vor allem durch die Einführung der preussisch-norddeutschen Militäreinrichtungen vorzubereiten. Dagegen aber erhob sich im Lande und im Landtage ein fast einmütiger Widerspruch. Energisch trat Solly diesen fadenförmigen Gründen entgegen. „Soweit ich die Sache übersehe, erklärte er in der Ersten Kammer, sage ich, das deutsche Volk ist jetzt in einer beneidenswerten Lage; es ist im Vollbesitze seiner Kraft, es regt mächtig die Glieder seines Riesenleibes und ist durchströmt von der frischesten geistigen Gesundheit. Was sollen da die Klagelieder und die thränenfeuchten Blicke gen Himmel über die Anstrengungen, die einem gesunden Volke so natürlich sind?“ Und in der Zweiten Kammer schloß er bei der entscheidenden Verhandlung am 21. Januar 1868 seine Rede mit den schönen Worten: „Wenn es Deutschland vergönnt ist, um den Preis des vorjährigen Krieges mit allem seinem Weh, um den Preis, daß wir auf einige Zeit sehr große, noch viel größere als die jetzt drohenden Militärlasten auf uns zu nehmen haben, den deutschen Nationalstaat zu gründen und zu vollenden, dann dürfen wir uns glücklich preisen.“ Er erreichte, was er wollte, das Kontingentsgesetz wurde gegen acht Stimmen, allerdings nur auf zwei Jahre statt der beantragten drei, angenommen und dann auch von der Ersten Kammer genehmigt.

Damit verband sich nun die Erfüllung einiger liberaler Lieblingswünsche (eine freisinnige Umgestaltung des Pressegesetzes, des Vereins- und Versammlungsrechts, und ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz), vor allem aber eine antiklerikale Gesetzgebung im Sinne der Liberalen, um nach Sollys Auffassung die Unterordnung der Kirche und Schule unter den Staat zu vollenden, nachdem das Kirchengesetz vom 9. Oktober 1860 diesen Grundsatz unter der Wahrung der innern Freiheit der Kirchen aufgestellt hatte. Seit der Errichtung des Oberschulrats (unter Professor Knies) 1862 blieb der Kirche nur die Überwachung des Religionsunterrichts, und das Gesetz von 1864 hatte bestimmt, daß der Pfarrer in den Ortsschulrat eintrete, was nach vielem Widerstande wirklich durchgesetzt wurde. Das neue Volksschulgesetz führte dann auf der von Solly nachdrücklich vertretenen konfessionellen Grundlage die Grundgedanken von 1860 vollends durch, und die Verordnung vom 6. September 1867 schrieb als Bedingung für die Zulassung zu einem Kirchenamt eine Staatsprüfung über weltliche Wissenschaft vor. Solly hoffte durch dies „Kulturexamen“ eine Bürgschaft dafür zu gewinnen, daß die künftigen Geistlichen der nationalen Geistesbildung nicht entfremdet würden. Da sich die römische Kirche diesen Bestimmungen nicht fügen wollte, so blieben viele Pfarren lange ganz unbesetzt. Solly ließ sich nicht irre machen; er

wahrte vielmehr die Autorität des Staats auch auf andern Gebieten, indem er die Anstalt Adelsfelden in Freiburg am 15. November 1867 kurzweg aufhob, als das erzbischöfliche Ordinariat sie aus einem geistlichen Internat zu einem Kloster machen wollte, und hielt nicht nur ein vom Oberschulrat im Sommer 1867 begünstigtes konfessionsloses Volksschulbuch gegen alle kirchlichen Anfeindungen ruhig aufrecht, sondern befahl später die allgemeine Einführung eines neuen, gleichfalls konfessionslosen Buchs.

Mehr als diese kirchlichen Streitigkeiten lag ihm persönlich die Fürsorge für das höhere Unterrichtswesen am Herzen. Er begann die Reform der verfallenen Mittelschulen, für die der herrschende Liberalismus wenig Verständnis zeigte, 1867 mit einer neuen Prüfungsordnung und einer Verbesserung der Lehrergehälter, sorgte für Berufung tüchtiger Männer namentlich aus Preußen, begründete 1868 das Realgymnasium (Realschule erster Ordnung) nach preussischem Muster und reformierte 1869 die humanistischen Gymnasien, indem er veraltete Unterrichtsgegenstände wie Philosophie und Rhetorik beseitigte und nach norddeutschem Vorbilde die alten Sprachen mit den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern in den Vordergrund stellte. Für die Universitäten sorgte er namentlich durch die Berufung hervorragender Lehrer; ihm vor allem verdankte Heidelberg unter andern nach Häußers Tode 1867 die Anstellung Treitschkes. Es entsprach seiner liberalen Richtung, wenn er dem liberalen, vielangefeindeten Theologen Daniel Schenkel allen Anfeindungen zum Trotz die Stange hielt.

(Schluß folgt)



Die Sozialpolitik der nächsten Zeit



Wenn man die sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zeit und die Aussichten für ihre Lösung betrachtet, so wird man die Lage nicht gerade als sehr erfreulich ansehen. Die von uns schon seit Jahren gehegte Befürchtung, daß die Einseitigkeiten und Übertreibungen der Sozialisten den Fortgang der Reformen weit mehr gefährden könnten, als der Widerstand der grundsätzlichen Gegner, hat sich leider als berechtigt erwiesen. Der Wagen scheint gründlich verfahren zu sein, und wo sind die, die die Sicherheit bieten, daß sie ihn wieder ins rechte Geleise bringen werden? Sind es die Parteien? Sind es die alten und die